

**W o r t p r o t o k o l l \*)**

zu TOP 1 der 28. Sitzung

der Kommission zur Wahrnehmung  
der Belange der Kinder

**Mittwoch, 25. Mai 2011, 16.00 Uhr**  
**Berlin, PLH (Paul-Löbe-Haus), Raum 2.200**

Vorsitz: Abg. Marlene Rupprecht (SPD)

**Öffentliche Vorstellung**  
**der „Studie zur aktuellen Bildungssituation**  
**deutscher Sinti und Roma“**

\*) redaktionell überarbeitete Tonaufzeichnung

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
Anwesenheitslisten	3
Liste der Sachverständigen	7
Sprechregister	8
Wortprotokoll	9

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung des Ausschusses Nr. 13 (Kinderkommission)**  
Mittwoch, 25. Mai 2011, 16:00 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

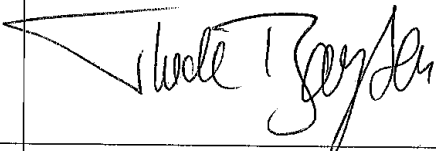


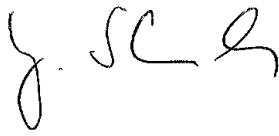
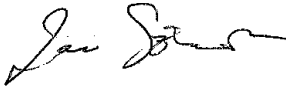

<b>Ordentliche Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>
<u>CDU/CSU</u> Pols, Eckhard		<u>CDU/CSU</u> Schön (St. Wendel), Nadine	.....
<u>SPD</u> Rupprecht (Tuchenbach), Marlene		<u>SPD</u> Özoguz, Aydan	.....
<u>FDP</u> Bracht-Bendt, Nicole		<u>FDP</u> Gruß, Miriam	.....
<u>DIE LINKE.</u> Golze, Diana		<u>DIE LINKE.</u> Wunderlich, Jörn	.....
<u>BÜ90/GR</u> Dörner, Katja		<u>BÜ90/GR</u> Deligöz, Ekin	.....





**Anwesenheitsliste der Sachverständigen  
für die öffentliche Vorstellung der „Studie zur aktuellen  
Bildungssituation deutscher Sinti und Roma“**

Mittwoch, 25. Mai 2011, 16.00 Uhr

Name	Unterschrift
<b>Thede Boysen</b> Minderheitensekretariat der vier autochthonen nationalen Minderheiten Deutschlands	
<b>PD Dr. Alexander von Plato</b> Mitautor und wissenschaftlicher Berater	
<b>Günter Saathoff</b> Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft	
<b>Jane Schuch</b> Erziehungswissenschaftliches Institut der Humboldt Universität zu Berlin	
<b>Jane Simon</b> Bildungsberaterin	
<b>Daniel Strauß</b> Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg	

**Liste der Sachverständigen**

**Thede Boysen**

Minderheitensekretariat der vier autochthonen nationalen Minderheiten  
Deutschlands

**PD Dr. Alexander von Plato**

Mitautor und wissenschaftlicher Berater

**Günter Saathoff**

Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

**Jane Schuch**

Erziehungswissenschaftliches Institut der Humboldt Universität zu Berlin

**Jane Simon**

Bildungsberaterin

**Daniel Strauß**

Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg

## Sprechregister

### Kinderkommission

### Seite

Vorsitzende Marlene <b>Rupprecht</b> (SPD)	9, 13, 20, 21, 26, 29, 36, 37, 38
Eckhard <b>Pols</b> (CDU/CSU)	28
Nicole <b>Bracht-Bendt</b> (FDP)	26, 36
Diana <b>Golze</b> (DIE LINKE.)	26
Katja <b>Dörner</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 30

### Sachverständige

Thede <b>Boysen</b>	12, 35
PD Dr. Alexander <b>von Plato</b>	13, 33
Günter <b>Saathoff</b>	10
Jane <b>Schuch</b>	16, 34
Jane <b>Simon</b>	20, 36
Daniel <b>Strauß</b>	22, 30

### Bundesregierung

Wolfgang <b>Schlump</b> (BMBF)	37, 38
--------------------------------	--------



Beginn der Sitzung: 16.08 Uhr

**Vorsitzende:** Ich darf Sie alle ganz herzlich zur 28. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßen. Wir haben heute als Tagesordnungspunkt 1 die öffentliche Vorstellung der „Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma“. Zunächst möchte ich Ihnen meine Kolleginnen und Kollegen vorstellen: Frau Bracht-Bendt von der FDP-Fraktion, Frau Golze von den Linken, Frau Dörner von den Grünen sowie Herr Pols – der einzige Mann in der Kinderkommission – von der CDU/CSU-Fraktion. Später wird noch die stellvertretende Kollegin dazu kommen.

Ich darf Sie heute als Sachverständige und als diejenigen, die ganz nah entweder die Studie erstellt oder sie in Auftrag gegeben oder begleitet haben, herzlich begrüßen. Ich begrüße deshalb ganz herzlich: Herrn Thede Boysen aus dem Minderheitensekretariat der vier autochthonen nationalen Minderheiten Deutschlands; den Privatdozenten Dr. Alexander von Plato, Mitautor und wissenschaftlicher Berater; Herrn Günter Saathoff von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft; Frau Jane Schuch vom Erziehungswissenschaftlichen Institut der Humboldt Universität; Frau Jane Simon, Bildungsberaterin sowie Herrn Daniel Strauß vom Verband Deutscher Sinti und Roma aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Sie haben eine Studie in Auftrag gegeben bzw. abgefasst. Uns interessiert natürlich das Ergebnis der Studie in Bezug auf die Kinder. Was haben Sie erfahren und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus? Welche Anliegen haben Sie auch an die Politik? Da wir die Kinderkommission sind, haben wir den Schwerpunkt hier gesetzt: Was können Sie aus einer Studie erkennen, die nicht nur Kinder, sondern die Roma-Bevölkerung insgesamt in unterschiedlichen Lebensaltern betrifft? Aus ihr kann man sicherlich ableiten, was zu tun ist, um die Ergebnisse ins Positive zu verändern. Wir haben 90 Minuten Zeit für die Vorstellung der Studie, weil wir in den letzten Minuten bis 18.00 Uhr noch andere Tagesordnungspunkte behandeln müssen. Als allererstes wäre eine Einführung in das Thema wichtig. Diese könnte Herr Saathoff in der Rolle von Erinnerung, Verantwortung und Zukunft übernehmen und auch die Bedeutung dieser Studie beschreiben. Herr Boysen wird uns den Input zu den nationalen Minderheiten und zur Verantwortung des Nationalstaats im Ganzen geben. Herr Dr. von Plato wird die Ausgangslage darlegen: Was ist politisch an Daten schon vorhanden? Es geht um die Forderung des Europarats – dafür war ich zuständig –

nach Daten und Fakten. Wie schwierig war es für Sie, die Daten zu sammeln, vor allem nach der NS-Erfahrung, die wir nicht wegdiskutieren können? Wie repräsentativ ist die Studie, die Sie vorlegen? Frau Schuch wird die Studie zur Bildungssituation der nationalen Minderheit Sinti und Roma vorstellen; Frau Simon wird mit einer Kurzbiografie und den bildungspolitischen Konsequenzen folgen. Die Folgerungen übernimmt Herr Strauß. Danach gibt es Nachfragemöglichkeiten von unserer Seite und die Diskussion. Wenn wir es stramm durchziehen, sind wir in 90 Minuten fertig, so dass wir noch eine Viertelstunde für die übrigen Tagesordnungspunkte haben. Noch ein wichtiger Hinweis: Bei uns werden die Sitzungen aufgezeichnet, das heißt, dass sie als Wortprotokoll niedergelegt und auch ins Netz gestellt werden. Wenn Sie etwas dagegen haben, dann müssten Sie das jetzt sagen. Ich darf noch den Vertreter des Ministeriums, Mitglieder anderer Arbeitsgruppen sowie die Zuschauer und Zuhörer auf der Tribüne ganz herzlich begrüßen. Ich finde es schön, dass das Thema Zuspruch gefunden hat. Dann dürfen Sie beginnen, Herr Saathoff.

Herr **Günter Saathoff** (Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft): Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete. Wir möchten uns zunächst herzlich bedanken, dass wir heute die Chance bekommen, diese Studie vorzustellen. Wir als Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sind nicht diejenigen, die die Studie durchgeführt haben. Wir haben die Möglichkeiten dazu geboten. Wir haben sie gefördert und politisch begleitet. Der Rahmen ist aber außerordentlich wichtig. Sie kennen unsere Stiftung wahrscheinlich aus den letzten Jahren als diejenige, die ehemalige Zwangsarbeiter des NS-Regimes und weitere NS-Opfer entschädigt hat. Aber der Titel der Stiftung soll mit den weiteren Themen „Verantwortung und Zukunft“ neben der „Erinnerung“ gerade bedeuten, dass man Konsequenzen aus der Verfolgung des Nationalsozialismus für heute zieht. Wir haben einen gesetzlichen Auftrag, nämlich dass Minderheiten, die damals verfolgt wurden – wie Juden sowie Sinti und Roma – und sogar Opfer eines Genozides wurden, heute eines besonderen Schutzes der Gesellschaft bedürfen. Das ist unser historischer Auftrag, den uns der Gesetzgeber gegeben hat und den wir wahrnehmen wollen. Im Kontakt mit der Kinderkommission haben wir vor vier Jahren ein gemeinsames Ergebnis gehabt, als Sie sich mit der Bildungssituation von Migrant\*innen, insbesondere Sinti und Roma, mit dem nichtfestigten Aufenthaltsstatus befasst haben. Deren Bildungssituation war

selbstverständlich prekär und wie wir die heutige europäische Lage kennen, ist das weiterhin so. Aber direkt danach stellte sich die Frage, wie es eigentlich um die deutschen Sinti und Roma bestellt ist, die hier seit Jahrhunderten mit uns zusammenleben, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben? Wie ist denn deren Bildungssituation? Deswegen sind wir der Bitte von Herrn Strauß, eine solche Studie in Auftrag zu geben, gefolgt. Für die heutige Diskussion ist die Erkenntnis wichtig, dass diese Frage zwar in einen europäischen Kontext gehört, aber dass es hier um eine deutsche Minderheit geht, die einen Anspruch auf volle Teilhabe an Bürger- und Menschenrechten hat.

Nachdem wir die Studie zur Kenntnis genommen haben, fragten wir uns, wie sie nicht nur in die Öffentlichkeit, sondern auch an die zuständigen Stellen gebracht werden kann. Wir waren heute Mittag in der Kultusministerkonferenz, denn es gibt ja einen besonderen Auftrag speziell was die schulische Bildung anbelangt. Wir sind sehr froh, dass man uns mit großer Offenheit begegnet ist und uns auch Zusagen gemacht hat, das Thema weiter zu verfolgen. Wir wollen im Kern erreichen, dass eine Wahrnehmung dieser prekären Bildungssituation auf mehreren Ebenen stattfindet. Zunächst ist festzustellen, dass wir neben dem nach wie vor in Deutschland vorfindlichen Antisemitismus ergänzend auch einen Antiziganismus haben. Es gibt eine eigene Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema Antisemitismus, aber keine zum Thema Antiziganismus, obwohl dieser ein gravierendes Problem darstellt. Wir fordern diese nicht, sondern wir wollen nur die gleiche Aufmerksamkeit auch für diese Form der Vorurteilsbildung und Diskriminierung. Dies ist ein allgemeiner Zugang, der die Bildungssituation überwölbt. Aber natürlich muss in allen Fällen geschaut werden, was sind die konkreten Möglichkeiten, diese Bildungssituation zu überwinden. Heute kann es nur darum gehen, die Grundfragen und einige Möglichkeiten und Vorschläge zu diskutieren. Aber organisatorisch muss es selbstverständlich eine Form – etwa in Gestalt einer Kommission – geben, die das Anliegen weiterträgt und damit in die deutsche Bildungslandschaft implementiert. Damit möchte ich die Einführung belassen. Wir werden das Projekt weiterhin unterstützen und hoffen, dass diese Studie für genug Erschrecken und Aufmerksamkeit sorgt, dass Konsequenzen gezogen werden können. Dankeschön.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Saathoff. Ich darf jetzt weitergeben an Herrn Boysen.

Herr **Thede Boysen** (Minderheitensekretariat der vier autochthonen nationalen Minderheiten Deutschlands): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Kurz zur Einleitung: Das Minderheitensekretariat ist die zivilgesellschaftliche Scharnierstelle zwischen den Verbänden der anerkannten nationalen Minderheiten und den Bundesorganen, also dem Bundestag und der Bundesregierung und dort insbesondere dem Bundesinnenministerium. Die vier anerkannten nationalen Minderheiten sind die dänischen Südschleswiger, die Sorben in der Lausitz, die Friesen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie die deutschen Sinti und Roma. Mit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland, die autochthonen – das heißt die in Deutschland heimischen nationalen – Minderheiten zu fördern und zu schützen. Die vier Minderheiten zeichnet gemeinsam aus, dass sie alle in Deutschland beheimatet sind, also in ihrem Gebiet entweder bereits vor den Deutschen siedelten oder – wie im Fall der deutschen Sinti und Roma – seit über 600 Jahren, also über 20 Generationen, hier in Deutschland leben.

Die nationalen Minderheiten leben nicht in einer Parallelgesellschaft zu den Deutschen, aber sie kämpfen um ihre politische und gesellschaftliche Teilhabe auf Augenhöhe mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung und um Wahrung ihrer eigenen kulturellen und sprachlichen Identität und Integrität. Es geht also um die Verwirklichung von Bürgerrechten deutscher Staatsbürger. Dies ist wichtig. Es ist keine Frage von „Was machen wir mit den Ausländern?“, sondern es sind deutsche Staatsbürger. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft und der deutsche Staat gehen immer noch weitgehend davon aus, dass kulturelle und ethnische Homogenität Grundlagen der deutschen Gesellschaft sind. Vielfalt wird höchstens folkloristisch toleriert, kulturelle Vielfalt gilt eher als staatspolitischer Betriebsunfall, der potentiell den inneren Frieden gefährden kann. Zugespitzt formuliert, man fremdelt nicht nur gegenüber Migranten, sondern auch gegenüber uns nationalen Minderheiten. Fatal ist dies im Bildungsbereich, denn hier werden Chancen verteilt. Schulen sind eben nicht nur die idealisierte Stätte der Ertüchtigung der Jugend zum aktiven Leben in der Gesellschaft, Schule ist immer auch eine staatliche Einrichtung zur Erziehung funktional gleichgeschalteter Staatsbürger gewesen. So waren auf jeden Fall die Erfahrungen der nationalen Minderheiten. Der Bildungsbereich war ein Instrument zur Assimila-

tion oder zur Ausgrenzung. Vor allem für die deutschen Sinti und Roma trifft das letztere zu.

Unsere Gesellschaft und damit auch die Politik stehen vor einer großen Herausforderung: Bildung und Teilhabe aller Deutschen und die Wahrung der kulturellen Identität ist zu gewährleisten. Das ist eine nationale Aufgabe, bei der das Kompetenzgewirr zwischen Bund und Ländern kein Hindernis und auch keine Ausrede sein darf. Hier nenne ich das Stichwort Kooperationsverbot. Die nationalen Minderheiten halten dieses für sehr hinderlich. Die Schutzmacht der deutschen Sinti und Roma ist die deutsche Demokratie. Für dieses Bewusstsein müssen wir die Sensibilität stärken. Deshalb ist die Empfehlung aus der Studie, die ich hier vorwegnehme – Herr Strauß wird das noch vertiefen –, ein zielgerichteter, effektiver Aktionsplan der staatlichen Stellen in Deutschland, um den deutschen Sinti und Roma die gleiche Teilhabe an den Bildungschancen und damit gesellschaftlicher Teilhabe zu sichern, nur zu unterstützen. Es ist eher fünf nach zwölf als fünf vor zwölf – es ist wirklich Handlungsbedarf gegeben. Das wäre die Einführung von meiner Seite. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Vorsitzende:** Dass Sie die Zeit so schön einhalten, muss ich einfach jetzt feststellen. Ich darf nun Dr. von Plato bitten, die Ausgangslage zu schildern.

Herr **PD Dr. Alexander von Plato** (Mitautor und wissenschaftlicher Berater): Vielen Dank. Wir möchten jetzt über die wissenschaftliche Seite sprechen und von einem Projekt berichten, das im Jahr 2007 begonnen und von RomnoKher initiiert sowie vor allem von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ finanziert wurde. Diese Studie ist heute oder in diesen Tagen vorgelegt worden. Es ist eine Studie, die angefertigt wurde, um dem Datenmangel über die Situation der Sinti und Roma, besonders was die Bildungssituation betrifft, abzuhelpen. Zugleich sollten die bildungspolitischen Maßnahmen und Empfehlungen begründet werden. Zum Dritten sollte den Forderungen des Europarates nachgekommen werden, der diese Daten einforderte – wie Sie bereits erwähnten – und Sie auch drängt, in diesem Jahr – Ende 2011 – entsprechende Forderungen und Vorschläge vorzulegen. Dieses Projekt war insofern nicht einfach zu gestalten, als das Misstrauen vor allem auf Seiten der deutschen Sinti und Roma nach dem Nationalsozialismus in die deutsche Wissen-

schaften enorm hoch war und wir alle die Sorge hatten, überhaupt Möglichkeiten zu finden, solche Erhebungen durchzuführen. Dass dies gelang, liegt daran, dass wir einen neuen Weg beschritten haben, nämlich diese Befragung zusammen mit Sinti und Roma durchzuführen.

Wir wussten, dass wir als nicht dazugehörige Wissenschaftler keine Chance hätten, entsprechende Informationen zu erhalten. Wir haben versucht, interessierte Sinti und Roma in Befragungsmethoden historischer sowie soziologischer Art auszubilden. Es gab zwei Seminare, die sehr effektiv, zum Teil auch sehr witzig und manchmal von gegenseitigem Misstrauen bestimmt waren. Wir haben dabei alle enorm viel gelernt. Das Erstaunliche war, dass innerhalb kürzester Zeit – nämlich in nicht mal einem halben Jahr – 275 Interviews angefertigt werden konnten. Diese Interviews haben einen quantitativen und einen qualitativen Teil. Der quantitative Teil befasste sich mit quantifizierbaren Daten, die schnell durch ankreuzen auszufüllen waren. Der qualitative Teil sollte den befragten Sinti und Roma die Möglichkeit geben, zumindest ihre Bildungsbiografie, wenn nicht ihre gesamte Lebensgeschichte darzustellen. Wir konnten immerhin 30 qualitative Interviews auswählen, in denen diese Bildungsbiografien, auch die Abbruchgründe sowie die familiäre Situation vorgestellt wurden und die Nachfragen zum familiären Hintergrund, zu den Erfahrungen in den Schulen, zur Ausprägung der Diskriminierung usw. erlaubten.

Die 275 Interviews wurden in 35 Städten durchgeführt und waren mehrgenerationell angelegt. Das heißt, über 40 Prozent kamen aus der jungen Generation, die Sie hier wahrscheinlich besonders interessiert – nämlich aus der Gruppe der 14- bis 25-Jährigen und weitere 40 Prozent aus der Gruppe der 25- bis 50-Jährigen. Die restlichen 20 Prozent betrafen die Alten, die sehr viel zur Geschichte und zur Verarbeitung des Nationalsozialismus beitragen konnten. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten sind Frauen – damit hatten wir nicht gerechnet. Die komplizierte Ausgangslage führte dazu, dass wir feststellen mussten, dass die nationalsozialistische Politik gegenüber den Sinti und Roma wirklich zu einem Bildungsbruch geführt hat. Sie wissen, dass die Nationalsozialisten die Sinti und Roma in Deutschland von schulischen und anderen Bildungseinrichtungen ferngehalten haben. Das war insofern eine Zeitbombe, als diese Politik bis in die weiteren und die heutigen Generationen wirkt, denn wenn elterliche oder großelterliche Möglichkeiten der Unterstützung

der schulischen Arbeiten fehlen, dann muss sich das auch auf die Situation der jetzigen Schülergeneration auswirken. Es ist auch in gewisser Weise eine Mahnung an uns, denn wenn wir jetzt nichts tun, dann bedeutet das, dass wir diesen Mangel, dieses Fernhalten von den Bildungsinstitutionen für die nächsten Generationen vollenden oder fortsetzen.

Wenn man sich diese Kontinuität vor Augen führt, werden Sie das Erschrecken teilen, das wir hatten, als wir feststellen mussten – das ist eines der gravierendsten Ergebnisse dieser Studie –, wie ausgeprägt die Diskriminierungserfahrungen bei den Befragten sind. Nur ca. 17,5 Prozent sagen, sie hätten nie eine Diskriminierung erlebt. 25 Prozent, also ein Viertel, sagen, sie seien regelmäßig von Diskriminierungen, die vom einfachen Mobbing in der Schule – wie man heute sagt – bis hin zu Gewalttätigkeiten reichten, betroffen gewesen. Das hat bei vielen dazu geführt, dass sie die Schule überhaupt nicht besuchen wollten. Diese kurz umrissene Geschichte führte dazu, dass 13 Prozent überhaupt keine Schule besucht haben – 13 Prozent sind mehr als zehnmal soviel wie in der Normalbevölkerung. 44 Prozent haben die Schule abgebrochen. Das ist auch wesentlich mehr als innerhalb der Gesamtbevölkerung – ich glaube, dort sind es 7,5 Prozent, aber dazu wird Jane Schuch noch etwas sagen.

Ich möchte Ihnen noch etwas zur Repräsentativität dieser Untersuchung sagen. Nach strengen soziologischen Kriterien kann man hier vor allem deshalb nicht von einer repräsentativen Untersuchung sprechen, weil uns – soziologisch gesprochen – die Grundmasse nicht bekannt ist: Wir wissen nicht, wieviele Sinti und Roma in Deutschland leben. Es geht nicht um diejenigen, die als Arbeitsimmigranten – wie es heißt – hierhergekommen sind, sondern um diejenigen, die bereits seit mehreren Generationen hier leben. Die Schätzungen liegen um die 100.000 Personen. Das wissen wir aber nicht genau, schon aus diesem Grund kann es keine wirkliche Repräsentativität geben. Aus diesem Dilemma heraus haben wir versucht, verschiedene Tricks anzuwenden. Wir haben eine extrem breite Streuung hinsichtlich Geschlecht, regionale Herkunft, Schulbesuche, berufliche Situation der Eltern und Großeltern, NS-Erfahrung und auch hinsichtlich der Wohnsituation, in der sie heute leben, angelegt. Die Streuung ist so breit, dass ich sagen würde, dass eine repräsentative Studie im strengen Sinn nicht viel an dem Gesamtbild, das wir in dieser Studie gezeichnet haben, ändern wird. Ein Mangel besteht darin, dass wir ganz sicherlich

keine Repräsentativität – auch nicht im qualitativen Sinne – für die neuen Bundesländer herstellen konnten, sondern dass diese Studie überwiegend die Situation der Sinti und Roma in den alten Bundesländern nachzeichnet. Die genaueren Zahlen wird Ihnen jetzt Jane Schuch mitteilen.

**Vorsitzende:** Dankeschön, Herr Dr. von Plato. Ich darf das Wort gleich an Frau Schuch weitergeben.

Frau **Jane Schuch** (Erziehungswissenschaftliches Institut der Humboldt Universität zu Berlin): Vielen Dank. Ich werde versuchen, die Ergebnisse unserer Studie entlang ausgewählter Befunde vorzustellen. Vorausschicken muss ich, dass allein schon diese Auswahl ein schwieriges Unterfangen war, denn viele Ergebnisse waren zwar erwartbar, jedoch in ihrer Prägnanz und Ausprägung doch überwältigend. Ich werde vor allem unter dem Fokus Bildung insbesondere zur Schulbildung sowie zu lebensweltlichen Aspekten berichten, die in besonderer Weise Bildungsbiografien tangieren. Wichtige Indikatoren für die Bildungssituation der Bevölkerung bzw. einer Bevölkerungsgruppe sind die institutionelle Bildungsbeteiligung, die erlangten Bildungsabschlüsse sowie die Berufsausbildung. Welche Zahlen kann die Studie dazu vorlegen und wie sind diese zu interpretieren?

Zunächst zur Bildungsbeteiligung: In der Generation der über 51-Jährigen, die befragt wurden, haben nahezu 40 Prozent keine Grundschule besucht. Dies halbiert sich zwar schon in der nächstfolgenden Generation der 26- bis 50-Jährigen auf 18,8 Prozent, trotzdem verbleiben in der jüngsten Generation der 14- bis 25-Jährigen immer noch 9,4 Prozent, die ebenfalls keine Grundschule besucht haben. Insgesamt, das hat Herr Dr. von Plato schon erwähnt, haben 13 Prozent der Befragten keine Schule besucht. Im Hinblick auf den Besuch weiterführender Schulen ist festzustellen, dass 11,5 Prozent der Befragten eine Realschule besuchten, für den Besuch der Gymnasialstufe erübrigt sich eigentlich jede Statistik – nur 6 Personen der 275 Interviewten sind hier einzuordnen, numerisch wären dies 2,3 Prozent. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung haben 21,1 Prozent einen mittleren Abschluss und 24,4 Prozent die Hochschulreife. 10,7 Prozent der Befragten haben eine Sonderschule mit dem Schwerpunkt Lernen besucht, in der Gesamtbevölkerung beläuft sich diese Zahl auf 4,9 Prozent.



Zu den Zertifikaten und den Abschlüssen: Unter den befragten Sinti und Roma haben 44 Prozent die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Dieser Zahl steht eine Quote von lediglich 3,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ohne einen allgemeinbildenden Abschluss gegenüber. Nur 18,8 Prozent der Befragten können eine Berufsausbildung vorweisen. Dem stehen ca. 85 Prozent in der Gesamtbevölkerung mit einer Berufsausbildung gegenüber.

Ich fasse zusammen: Überdurchschnittlich viele Kinder dieser Bevölkerungsgruppe besuchen keine Schule und keine weiterführenden Schulformen, sind in Förder-schulen vertreten, verlassen die Schule ohne Zertifikate und haben keine Berufsausbildung oder keine akademischen Abschlüsse. Wir haben es hier mit einer Situation zu tun, die zweifellos dramatisch ist und uns von einer Bildungsmisere, ja einer regelrechten Bildungsarmut dieser Bevölkerungsgruppe sprechen lassen.

Ich hatte am Anfang darauf hingewiesen, dass die Studie in der Analyse der Interviews lebensweltliche Aspekte identifizieren konnte, die die Bildungsbiografien der Befragten nachhaltig beeinflussten und somit einen ersten Einblick in die Ursachen für diese prekäre Bildungssituation geben können. Darauf möchte ich nun näher, auch wieder akzentuiert ausgewählt, eingehen. Es gibt u. a. innerethnische Faktoren, die hier zu nennen sind, die auch in der schriftlichen Form der Studie ausführlich beschrieben werden, wie z. B. die Praxis des intergenerationalen Wissenstransfers, auch in berufsbildender Weise. Ich erlaube mir jedoch, hier in erster Linie auf diejenigen Aspekte einzugehen, die das Verhältnis von Minderheit und Mehrheit betreffen. Da sind zunächst die familiären Traumatisierungen aufgrund der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung zu nennen, die ausnahmslos alle 275 Befragten betreffen und immer wieder, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in den Interviews auszumachen sind. Es ist stark anzunehmen, dass hier von einer kollektiven Traumatisierung auszugehen ist.

Welchen Bezug gibt es nun zu den Bildungsbiografien? Einerseits ist der Zusammenhang fast linear zu nennen, das hat Herr Dr. von Plato auch schon zum Teil ausgeführt, wenn betroffene Eltern oder Großeltern keine Schule aufgrund der Verfolgung im Nationalsozialismus besuchen konnten, wie aus den lebensgeschichtlichen Erzählungen und ebenso aus dem Zahlenmaterial ersichtlich wird. Andererseits ist der Zusammenhang von Traumatisierung und Bildung unmittelbar auszumachen,

wenn in den Familien massive Ängste und Vorbehalte gegenüber der Institution Schule vorhanden sind, die generationell weitergegeben werden und oftmals eine familiäre Distanz zum staatlichen Bildungssystem bedingen. Ein Zitat aus den Interviews: „Ja, weil meine Eltern mich nicht dorthin geschickt haben.“ Auf die Frage, warum sie nicht in die Schule gegangen ist: „Es ist so, weil sie Angst gehabt haben, mich wegzugeben. Sie hatten den Gedanken, dass sie ihr Kind nicht wiederbekommen, sie hatten große Angst, weil es in der Kriegszeit so war, dass sie ihre Kinder weggenommen haben und die Kinder dann in der Gaskammer umgebracht wurden. Da war noch diese Angst von meinen Eltern, dass sie ihr Kind nicht loslassen und nicht einmal in den Kindergarten schicken wollten – durch diese Angst.“

Hier schließt ein weiterer wichtiger lebensweltlicher Aspekt der Bildungsbiografien an, der unbedingt zur Sprache kommen muss. Der alltäglich erlebte Antiziganismus, dem ein Großteil der Kinder und Jugendlichen auch in der Schule ausgesetzt ist. Die Befragten berichten von diskriminierenden Äußerungen und Handlungen durch Teile der Schülerschaft, die von „neben einem Zigeuner möchte ich nicht sitzen“ bis hin zu, ich zitiere: „Man hat vergessen, Dich zu vergasen.“ reichen. Die Lehrerschaft scheint hier selten professionell einzuschreiten. Jedenfalls wurde nur vereinzelt von einer solchen Intervention berichtet. Noch viel schwerer wiegt, dass sogar einzelne Lehrerinnen und Lehrer diskriminierend agieren. Die befragten Sinti und Roma berichteten von Andersbehandlungen, ungerechter Notengebung und entmutigenden Aussagen, wie – Zitat: „Du bist ein Zigeuner, Du bist nichts wert, aus Dir wird sowieso nichts“ bis hin zu Äußerungen wie, ich zitiere: „Der Hitler hat schon recht getan an Euch.“ Auch hier sind keine einschneidenden Konsequenzen für die betreffenden Lehrpersonen bekannt.

Dieser offene Antiziganismus in der Schule nimmt zwar quantitativ im Laufe der Generationen ab, an seine Stelle treten jedoch die subtileren Formen der Diskriminierung, die viel weniger greifbar sind und von den Befragten als Gefühle der Ablehnung, Andersbehandlung und der Ignoranz verbalisiert wurden. Vielfach wird der Schul- oder Ausbildungsabbruch nachvollziehbar mit diesen Diskriminierungserfahrungen begründet. Spiegelbildlich berichten einige der Interviewten von engagierten Lehrpersonen oder auch MitschülerInnen, die sensibel auf die Sinti- oder Roma-SchülerInnen eingehen konnten, sie unterstützten, stark ermutigten und für

einen engagierten Schulbesuch motivieren konnten. Zu diesen Menschen haben einige der Befragten bis heute Kontakt, was auf die enorme lebensgeschichtliche Bedeutung dieser Förderung hindeutet. Nationalsozialistische Verfolgung, Traumatisierungen und erlebter Antiziganismus in deutschen Bildungsinstitutionen bedingen neben anderen Faktoren die prekäre Bildungslage dieser Minderheit, deren Mitglieder auch wenige Möglichkeiten zu Veränderungen dieser Situation haben. Ungefähr die Hälfte der befragten Personen konnte auf keinerlei Hilfe bei den Hausaufgaben durch Eltern oder nähere Verwandte zurückgreifen. Die quantitative Auswertung konnte zeigen, dass dies entscheidend für den weiteren Bildungsweg war, denn diejenigen, die eine weiterführende Schule besucht haben, konnten in größerem Umfang auf familiäre Unterstützung zurückgreifen. Aus den Erzählungen wurde überdies deutlich, dass selbst wenn sich die Eltern entscheidend für den Bildungsweg ihrer Kinder engagierten, indem sie beispielsweise Hausaufgabenhilfe oder Nachhilfe organisierten, diese Maßnahmen nicht ausreichend waren.

Noch ein Zitat aus den Interviews: „Von zuhause überhaupt keine Hilfe, weil meine Mutter nicht lesen und schreiben konnte, meine Oma nicht lesen und schreiben konnte. Die durften ja nicht zur Schule gehen und ich bin dann in den Hort gegangen. In der Schule hat mich meine Mutter angemeldet, dass ich anschließend zum Hort gehe, damit ich da Hausaufgabenhilfe habe. Sie waren sehr dafür, dass ich in die Schule gehe, dass ich besser werde und alles besser mache und die Möglichkeit habe – nicht wie es bei ihnen war. Meine Mutter ist aufgewachsen ohne Schulbildung, ohne Beruf und konnte dafür ihr ganzes Leben lang, also solange wie sie gearbeitet hat, nur Putze sein.“ Trotzdem ist in der jüngsten Generation – das zeigen Zahlen und Lebensgeschichten – deutlich das Gelingen von und ein wachsendes Interesse an formellen Bildungsabschlüssen, dem Besuch weiterführender Schulen und dem Absolvieren von Berufsausbildung und eines Studiums auszumachen. Ich zitiere nochmals aus einem Interview: „Weil, ich habe ja auch Verantwortung meinen Kindern gegenüber. Ich muss versuchen, meine Kinder zu integrieren, versuchen, dass meine Kinder ihren Stand haben, meinen Kindern eine Lehre ermöglichen, damit meine Kinder Spaß daran haben. Ich habe drei Söhne, die sollen ja mal was lernen und die Schulbildung ist sehr, sehr wichtig. Ja.“

Die Bildungswege deutscher Sinti und Roma sind sehr heterogen. Da ist der 57-jährige Geschäftsmann mit 60 Angestellten, der sich von den Aussagen seiner Leh-

rer: „Du bist Zigeuner, aus Dir wird eh‘ nichts“ nicht entmutigen ließ und auf dem zweiten Bildungsweg Realschulabschluss und Berufsausbildung absolvierte. Es gibt den 31-jährigen Firmeninhaber mit Hauptschulabschluss, der den Dachdeckerberuf informell von seinem Onkel erlernte, qualifizierende Lehrgänge besuchte und schließlich eine Sondergenehmigung des Dachdeckerverbandes für die Durchführung von Dachdeckerarbeiten erhielt. Die 32-jährige sozial und politisch engagierte Frau, die nie eine Schule besuchte, sich selbst alphabetisierte und auf der Abend- schule die Fachhochschulreife erlangte. Doch auch diesen eher als gelungen zu be- zeichnenden Bildungswegen ist eines gemeinsam – sie verliefen vor der Folie der offenen oder verdeckten Ablehnung und Anfeindung dieser Menschen als Mitglie- der einer Minderheit und vor dem Hintergrund einer familiären Traumatisierung und zudem oftmals nach dem Motto eines „Jetzt erst recht!“ Wieviel mehr an Kraft, Wille und Mut es unter diesen Umständen erforderte und erfordert, zielstrebig die eigenen Ziel zu verfolgen, ist nur zu erahnen und kaum messbar. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Schuch. Ich glaube, in Ihrem Vortrag waren schon einige richtige Skandale enthalten. Jetzt komme ich zu Frau Simon. Frau Simon, bit- teschön.

Frau **Jane Simon** (Bildungsberaterin): Dankeschön. Ich möchte Ihnen meine Bil- dungsbiografie vorstellen und zunächst kurz etwas zu meiner Person sagen. Ich bin eine deutsche Roma, meine Familie lebt seit vielen Generationen in Deutschland und selbstverständlich haben wir die deutsche Staatsbürgerschaft. Aufgewachsen bin ich in Berlin, München, Karlsruhe, heute lebe ich im schönen Offenburg in Ba- den-Württemberg. Als Kind habe ich weder einen Kindergarten noch die Schule be- sucht. Meine Eltern hatten nicht das nötige Verständnis, dass Schulbildung für mich einen wesentlichen Wert darstellen könnte. Sie selbst hatten keinen Bezug zur for- malen Bildung. Vom Grundschulalter bis zum Hauptschulalter wusste ich nicht, was formelle Bildung für mich bedeuten könnte. Erst im Erwachsenenalter gab es die erste Konfrontation, Begegnung mit formaler Bildung. Ich wurde von einer Bil- dungsberatungsstelle des Landesverbandes Baden-Württemberg angesprochen und später unterstützt. Diese Begegnung beschäftigte mich sehr. Die Feststellung, dass uns die Mehrheitsgesellschaft für primitiv hält und dass sogenannte Wissenschaftler

behaupteten, dass Sinti und Roma nur bis zum 12. Lebensjahr aufnahmefähig seien, konnte und wollte ich nicht ohne weiteres stehen lassen, was mich anbelangte, und entschloss mich, das Gegenteil für mich zu beweisen.

Durch Gespräche mit Bildungsmediatoren und Bildungslotsen merkte ich, dass ich dieses „Lebensprojekt“ – muss ich dazu sagen – nicht alleine durchstehen musste. Gestärkt, gefestigt und entschlossen ging ich die Sache an. Etwa mit 20 Jahren begann ich erstmals eine formale Schulbildung. Zunächst nutzte ich den zweiten Bildungsweg und erreichte einen Hauptschulabschluss. Motiviert entschloss ich mich, Bildung konkret zu erfahren. Ich beschloss, weiter zu machen. Es folgte die Realschule und schließlich auch das Gymnasium. Ich hätte mich beschreiben können als einen aufsaugenden Schwamm, der alles aufnimmt, was er nur kann; oder auch als einen Triathlonläufer, der verschiedene Etappen durchläuft. Und so durchlief ich von der Hauptschule bis zum Gymnasium zum einen gerade Ebenen, aber auch vorwiegend steile Wege; klettern und schwimmen musste ich auch, obwohl ich eigentlich ein Nichtschwimmer war. Vom Anfang bis zum Schluss musste ich im Akkord lernen, ohne eine selbstverständliche Wissensbasis zu besitzen. Alle anderen erwachsenen Mitschüler waren im Vorteil. Sie besaßen schon aus ihrer Kindheit Schulkenntnisse, für mich war alles Neuland. Ich durchlief den Triathlon, ich lief viel und stand wieder auf, denn der Wunsch, durch das Ziel zu laufen, war viel stärker.

Meine Damen und Herren, heute engagiere ich mich dafür, andere Sinti und Roma für eine formale Bildung zu begeistern und unterstütze sie, wie ich auch selbst unterstützt wurde. Gerne würde ich selbst künftig professionell als Mediatorin oder Bildungslotsin tätig sein. Dankeschön.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Unsere Hochachtung, dieses zu meistern, ist Ihnen sicher. Ich darf jetzt noch Herrn Strauß bitten. Herr Strauß, Sie sind als Verbandsvertreter ja auch Politiker. Als Politiker – zwar nicht so wie wir hier, aber doch Politiker – haben Sie Forderungen und klare Vorstellungen von dem, was Sie wollen und wie es sich weitergestaltet und verändert. Ich würde Sie bitten, diese Konsequenzen und Folgerungen darzustellen.

Herr **Daniel Strauß** (Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg): Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, Sie verstehen es nicht als Diskriminierung, dass ich mich eher als Bürgerrechtler denn als Politiker sehen möchte. Bürgerrechtler deshalb, weil ich von Anfang an auf der Basis des Grundgesetzes formuliere und es für mich ein ganz integraler Bestandteil ist, dass ich Dinge innerhalb des Grundgesetzes ansprechen möchte. Wir haben hier einiges gehört, dennoch möchte ich deutlich machen, dass es weltweit bekannte Wissenschaftler, weltweit bekannte Filmschauspieler, landesweit Politiker, Minister, Bürgermeister, einen der erfolgreichsten Fußballer aller Zeiten sowie Beamte bis in den Kriminalkommissarbereich hinein gibt, die Sinti sind. Was sie alle gemeinsam haben, ist, dass sie ihre Identität nicht nach außen tragen, weil sie die Angst haben, ansonsten gemobbt, ausgegrenzt und diskriminiert zu werden. Wir betrachten hier eine große Menge von Menschen, die seit Generationen hier leben – deutsche Roma seit dem 19. Jahrhundert und die deutschen Sinti seit 1407.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass die Zahlen der Wissenschaftler die ganz klare Notwendigkeit zeigen, jetzt Hilfestellung zu geben – auch in der Verantwortung der Bundesregierung. Für mich ist genauso erschreckend, dass wir als deutsche Staatsbürger schon in den 50er Jahren von dieser desolaten Situation gewusst haben. Das Bundesentschädigungsgesetz war genauso auf Sinti und Roma angewandt worden, und man hat wirklich erkannt, dass es im Dritten Reich eine Generation gegeben hat, die als Analphabeten produziert wurden. Denn die Überlebenden, das waren die jungen Leute, die stark waren und die nicht am Schulsystem partizipieren konnten. Das waren nicht die Alten, nicht die Greise und das waren nicht die Kleinkinder. 90 Prozent der deutschen Sinti und Roma sind ermordet worden. Die 10 Prozent, die überlebt haben, waren produzierte Analphabeten, darunter mein Vater, der erst vor wenigen Jahren gestorben ist. Ich merke, man hätte damals schon wissen müssen, dass ein Bildungsabbruch in einem so wesentlichen Maße geschehen ist, dass dies hätte Folgen haben müssen. Diese blieben aus – eine unterlassene Hilfeleistung, das konstatiere ich.

Im Zuge der aufstrebenden Bürgerrechtsarbeit 1982 wurde in der Studie die „Soziale Situation der Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland“ von Andreas Hundsalz beschrieben. Auftraggeber war das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. In dieser Studie wurde die Bildungsmisere sehr deutlich aufge-

schrieben. Spätestens zu diesem Zeitpunkt, eine Generation danach, hätte man regelnd und fördernd einwirken können. Das war die zweite rote Ampel, die überschritten wurde – die zweite unterlassene Hilfeleistung. Heute legen wir diese Bildungsstudie vor. Diese Bildungsstudie macht deutlich, dass wir als deutsche Staatsbürger wahrgenommen werden wollen. Wir wollen nicht weiterhin als Opfergruppe erster, zweiter oder dritter Klasse wahrgenommen werden, sondern wir wollen selbstverständlich wahrgenommen werden. Aber wir können auch nicht über die Defizite hinweggehen. Wenn es auch einzelne Prominente in unserer Gruppe gibt, der Grund für die Defizite ist ganz klar die Bildungsmisere.

Meine Damen und Herren, das Zeitfenster ist im Moment günstiger als es irgendwann sein kann, um etwas zu ändern. Wir merken, dass es ein öffentliches Interesse gibt nicht zuletzt daran, dass der Bundestag in verschiedenen Anträgen jetzt zur Roma-Integration Stellung nimmt. Wir hoffen, dass diese Studienergebnisse einen Anteil daran haben werden, die Diskussion zielgerichteter auch für die deutsche Minderheit, für die deutschen Sinti und Roma, zu führen. Denn die Betroffenen sind die weitere Generation, es sind die Kinder, die jetzt in der vierten Generation betroffen sind. Wir haben den EU-Rahmen, der ganz klar im April diesen Jahres deutlich gemacht hat, dass die Bundesregierung innerhalb einer kurzen Zeit eine Strategie vorlegen soll. Wir haben viel darüber nachgedacht, was gemacht werden könnte. Aber der Rahmen, der hier gegeben wird, ist tatsächlich einer der besten, den man sich vorstellen kann.

Wichtig ist, dass es durch die Befragung eine klare Aufbruchstimmung der Sinti und Roma gibt. Sie erwarten jetzt auch tatsächlich Veränderungen. Dennoch müssen wir sagen, wir wissen wenig. Natürlich müssen wir weiter hineinschauen, weiterhin in die Auswertung gehen, wie gelingen Bildungsprozesse, warum funktionieren sie an der einen und an der anderen Stelle. Wir merken aber vor allen Dingen, dass wir positive Beispiele brauchen. Es kann nicht sein, dass jemand, nur weil er Glück hat, weiterkommt. Wir hatten ja die Situation, dass jemand überhaupt keine Schule besucht hat. In einer anderen Familie merken wir, dass die ersten zwei Kinder ebenfalls Analphabeten sind. Bis in die 70er Jahre gab es keine Schulpraxis für Sinti und Roma, im Regelfall wurden sie in die Sonderschule eingewiesen, schon von Anfang an eingeschult quasi. Danach verbessert sich die Bildungssituation. Aber dann,

wenn die nachfolgende Generation das Abitur hat, aber keinen Job bekommt, weil sie z. B. als „Zigeuner“ nicht vertrauenswürdig sind, um als Banker zu arbeiten, merken wir, dass auf verschiedenen Ebenen gearbeitet werden muss. Dieser EU-Rahmen gibt dafür eine Plattform, nämlich deutlich zu machen, dass es Veränderungen in den Bereichen Wohnen, Beschäftigung, Gesundheit – die Lebenserwartung ist bei Sinti und Roma im Durchschnitt zehn Jahre niedriger – und vor allen Dingen im Bildungsbereich geben muss.

Meine Damen und Herren, das Recht auf Bildung besteht unabhängig von den Bildungsvoraussetzungen der Eltern. Bildung ist ein Menschenrecht, das offensichtlich über zwei bis drei Generationen nicht zugestanden wurde. Bitte sorgen Sie dafür, dass es eine Bildungswirklichkeit für die nächste Generation gibt. Meine Enkeltochter ist vier Jahre alt – sie wird ihren Weg gehen. Aber ihre Generation, wie wird es da weitergehen? Welche Möglichkeiten, Chancen wird sie haben, ein Teil dieser Bevölkerung zu sein, wenn sie nicht den gleichen Bildungshintergrund der Eltern hat? Ich möchte bei Ihnen dafür werben, dass es eine Generation gibt, die bildungsbegleitend aktiv sein kann. Wir müssen bei diesen Kindern anfangen – bei den Vierjährigen – und einer Generation Bildung vermitteln, wir müssen bei den Eltern werben. An verschiedenen Projekten gibt es die Möglichkeit, den Eltern Hilfestellung zu geben, Wissen zu vermitteln und Perspektiven aufzuzeigen. Auf der anderen Seite muss natürlich ganz deutlich sein, dass wir auch ein öffentliches Interesse herstellen müssen. Es müssen Politiker und gesellschaftliche Einrichtungen zu diesen Themenbereichen Stellung beziehen, damit man aus dieser schlechten Ecke des Ungebildeten herauskommt. Das war nicht selbstbestimmt, das war fremdbestimmt. Es müssen – als dritter Aspekt – Gegenstrategien zum gesellschaftlichen Antiziganismus beschrieben werden.

Alle repräsentativen Studien von Allensbach bis Emnid-Studien zeigen, dass fast zwei Drittel der deutschen Mehrheitsgesellschaft offen zu ihren Vorurteilen zu Sinti und Roma steht. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Wohnungs- und die Berufssuche sowie selbstverständlich auch im Kindergarten und in der Schule, wenn man eben nicht neben einem Sinti oder Roma sitzen möchte. Wir müssen hinein in die Lehrerfort- und -ausbildung, um den Lehrern konsequent Informationssicherheit zu geben. Wir müssen aber auch positive Bilder der Minderheit in die Bildungsplä-



ne hineinnehmen, nachdem es die negativen nicht mehr gibt. Seit zehn Jahren gibt es keine negativ rassistischen Bilder mehr, aber noch vor zehn Jahren gab es zugelassene Schulbücher, in denen stand, dass Sinti und Roma Aas essen oder dass das kriminelle Verhalten als Kultur angelegt wurde – zum Beispiel „Jenö war mein Freund“, diese Geschichte von Wolf Dietrich Schnurre. Da stiehlt jemand einen Eisenbahnwaggon und sagt dann: „Ja, die haben einen anderen Eigentumsbegriff, eine andere Kultur.“ Diese falschen Bilder müssen aufgelöst, aus dieser diskriminierenden Ecke herausgebracht werden.

Ich bitte Sie, versetzen Sie uns in die Lage, sachbezogen lernfähige, nachhaltige Strukturen aufzubauen, um individuell, intelligent und flexibel Förderstrukturen aufzubauen, die genauso wirksam sein können, wie das bei Frau Simon z. B. der Fall war. Zur Konzipierung eines solchen Aktionsplans, wie es das europäische Rahmenübereinkommen u. a. fordert, ist aus unserer Sicht eine Kommission zu gründen, deren Aufgabe es ist, im Einklang mit dem im April diesen Jahres von der EU veröffentlichten EU-Rahmen, aber auch in Anlehnung an die Erfahrungen der Roma-Dekade und des Roma-Education-Fonds wirksame Strukturen zur Verbesserung der Bildungswirklichkeit zu erarbeiten. Diese Aufforderung, dass es jetzt im Zusammenhang mit dem EU-Rahmen tatsächlich Veränderungen der Situation der Bildung geben muss, wird auch vom Zentralrat deutscher Sinti und Roma mitgetragen. Dies darf ich Ihnen als Stellvertreter von Herrn Rose ebenfalls mitteilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bildung ist ein Menschenrecht und Menschenrechte sind nicht verhandelbar, sondern sie sind in unserem demokratischen Rechtsstaat ein Bürgerrecht. Die Vergangenheit können wir nicht ändern, wir können sie aufarbeiten. Die Zeichen der Zeit gemäß dieser Studie machen deutlich, dass deutsche Sinti und Roma nicht weiterhin nur als Opfer wahrgenommen werden möchten. Ich lade Sie ein, mit uns gemeinsam die Gegenwart zu analysieren, wahrzunehmen und Strategien für eine gleichberechtigte und gemeinschaftliche Zukunft zu gestalten. Unterstützen Sie den spürbaren Bildungsaufbruch unter vielen Sinti und Roma und nutzen Sie den EU-Rahmen vom April diesen Jahres. Versetzen Sie uns in die Lage, eine Kommission zu gründen, in der Vertreter der Sinti und Roma gleichberechtigt mit Wissenschaftlern, Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen sowie Stiftungen zusammenwirken, um einen solchen Aktionsplan, der

flexibel und intelligent genug ist, um vor Ort in Einzelsituationen eingreifen zu können, umzusetzen. Dankeschön.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Strauß. Sie haben ja schon einige Punkte genannt, die notwendig waren oder wären. Wir haben heute Morgen im Ausschuss über die EU-Agenda Kinderrechtestrategie gesprochen und auch da ist der Punkt enthalten, die Situation von Roma in Europa zu verändern und zu verbessern. Ich glaube, das passt heute ganz gut in unsere gesamte Arbeit. Wir eröffnen jetzt die Fragerunde. Zunächst haben die Mitglieder der Kinderkommission das Vorrecht; im zweiten Durchgang haben eventuell – was ich jetzt nicht so überschauen kann – Pressevertreter, denn wir haben eine öffentliche Veranstaltung, das Recht, nachzufragen. Frau Bracht-Bendt, bitte.

Abg. **Nicole Bracht-Bendt** (FDP): Zunächst herzlichen Dank für Ihre sehr interessanten Ausführungen. Ich habe einiges gehört, was mir gar nicht so bekannt war. Ich habe an Sie, Herr Strauß, die Frage, wie sich denn Personen des öffentlichen Lebens zugunsten der Sinti und Roma engagieren können? Hätten Sie Ideen, wie wir uns auch einbringen könnten? Frau Schuch, gibt es Kooperationen von Erziehungswissenschaften und Fachinstitutionen mit Bildungseinrichtungen der Sinti und Roma? Was wäre da möglich?

**Vorsitzende:** Nächste Frage. Frau Golze, bitte.

Abg. **Diana Golze** (DIE LINKE.): Von mir ein ganz großes Dankeschön für die vielen Mühen, die Sie sich für diese Studie gemacht haben und für die Bereitschaft, hier auch – da meine ich vor allem Frau Simon – persönliche Erfahrungen zu schildern und aus eigener Sicht darzustellen. Das ist für uns ganz besonders anschaulich. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich an vielen Stellen wirklich erschrocken war, weil ich mir über den Umfang des Problems so nicht bewusst war, obwohl ich schon mehrmals mit diesem Thema konfrontiert wurde. Wir haben als Kinderkommission schon mehrere Veranstaltungen zur Frage der Situation von Sinti und Roma in Deutschland und in Europa durchgeführt, trotzdem – vielleicht ist es arrogant, vielleicht ist es ignorant – denkt man doch eigentlich immer, dass bei uns das Problem

nicht so groß ist. Ich hoffe, Sie verstehen, was ich meine. Natürlich war uns bewusst, dass wir uns in Deutschland – das haben wir auch thematisiert – über Fragen der Schulpflicht und ähnliches verständigen müssen, aber dass es ein so grundlegendes Problem gibt mit einer – wie Sie es sagten, Frau Schuch – kollektiven Traumatisierung, die einfach nicht aufgearbeitet worden ist und wo – wie Sie sagten, Herr Strauß – an mehreren Stellen Handlungen unterblieben sind, das war mir so nicht klar. Für diesen Wissenszuwachs bin ich Ihnen einfach sehr dankbar. Mich als Politikerin aus dem Osten Deutschlands interessiert natürlich – Herr Dr. von Plato, Sie haben es angesprochen, dass Sie nur wenige Aussagen für Sinti und Roma in Ostdeutschland treffen können –, ob beabsichtigt ist, vielleicht hierzu Befragungen durchzuführen und Studien zu erstellen? Ich würde es für sinnvoll halten, wenn man dann ein gesamtdeutsches Bild präsentieren könnte. Mir selbst ist die Zahl derjenigen, die dort dieser deutschen Minderheit angehören, nicht klar und nicht bewusst. Das würde mich sehr interessieren. Eine Frage habe ich noch zum „EU-Rahmen“: Heißt er so richtig? Da würde ich mich nämlich erkundigen. Der EU-Rahmen, den Sie genannt haben, ist auf der Schautafel auch zu sehen – da lese ich nachher nach. Dankeschön.

**Vorsitzende:** Frau Dörner, bitte.

Abg. **Katja Dörner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch von meiner Seite vielen herzlich Dank für die Informationen. Ich kann mich meiner Kollegin voll und ganz anschließen. Mir war tatsächlich insbesondere der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die beispielsweise auch heute nicht die Schule besuchen, nicht bewusst. Die Differenzen zwischen den Abschlüssen und beispielsweise die Quote des Besuchs der Förderschule sind ebenfalls eklatant. Man kann sich einfach nicht vorstellen oder es ist sicherlich in keinsten Weise belegbar, dass eine Notwendigkeit besteht, eine Förderschule zu besuchen. Ich denke, dass es eher mit sozialen Komponenten und ähnlichem zusammenhängt, dass es dort überproportional viele Kinder von Sinti und Roma gibt. Nach meiner Einschätzung gibt es eine Notwendigkeit, auf ganz vielen unterschiedlichen Ebenen tätig zu werden. Vielleicht könnten Sie noch einmal sagen, was sich beispielsweise ganz konkret im deutschen Schulsystem bewegen müsste. Ich habe verstanden, dass es eine Ebene von Vorurteilen und von Dis-

kriminierung in der Schule gibt – wie könnte man versuchen, diese aufzubrechen? Haben Sie dazu Vorstellungen und Ideen und gibt es eventuell auch schon gute Beispiele, an denen sich Kultusministerien oder Schulämter orientieren können? Ich fand noch sehr interessant, Frau Simon, Sie haben gesagt, dass es bei Ihren Eltern kein Verständnis für Bildung als Wert gab. Das ist sicherlich auch ein ganz wichtiger Punkt, an dem man ansetzen muss. Dazu die Frage: Wie kann es gelingen, dieses Verständnis gerade in der jetzt älteren Generation oder Elterngeneration von Sinti und Roma verstärkt zu befördern?

**Vorsitzende:** Herr Pols, bitte.

Abg. **Eckhard Pols** (CDU/CSU): Auch von meiner Seite vielen Dank für Ihre Informationen und Statements. Herr Boysen, sind Sie Südschleswiger? Friese – Entschuldigung. Der Name Thede Boysen klingt sehr nordisch. Ich fand es interessant, dass Sie die Südschleswiger – ich bin Niedersachse –, Friesen und Sorben – ich weiß nicht, ob ich Sie da richtig verstanden habe – gleichgestellt haben mit der Gruppe der Sinti und Roma. Haben Sie, von Ihrer Gruppe aus gesehen, die gleichen Probleme gehabt, wie sie Sinti und Roma – wie ich es eben gehört habe – auch heute in Deutschland leider immer noch haben? Sie sprachen auch davon, dass die Toleranz der kulturellen Vielfalt auch Teil des inneren Friedens ist. Nun haben die Südschleswiger, wenn man an Schleswig-Holstein denkt, sogar ein Landtagsmandat und haben in Flensburg auch eine eigene Zeitung. Das Friesische ist auch gerade in Niedersachsen als Sprache anerkannt. Auch die Sorben, glaube ich, sind eine anerkannte Minderheit – Sie haben es selbst auch gesagt. Deswegen wundert es mich ein bisschen, dass die kulturelle Vielfalt in Deutschland in dem Sinne doch noch so eingeschränkt ist – oder Sie sehen das jedenfalls so. Für mich als Außenstehenden muss ich sagen, dass wir bereits durch die Migranten, die in Deutschland leben, eine bunte Gesellschaft und eine sehr große kulturelle Vielfalt haben. Das hat ja auch der Bundespräsident gesagt: „die bunte Republik Deutschland“ – was ja auch sehr schön ist. Das würde mich interessieren. Meine zweite Frage bezieht sich auf den Bildungsbereich. Sie haben alle die deutsche Staatsangehörigkeit. Deswegen bin ich ein bisschen irritiert: Ich weiß nicht, was passiert wäre, wenn ich auch vor 20, 25 Jahren mein Kind nicht zur Schule geschickt hätte? Kommt dann die Polizei und holt das Kind ab? Ich weiß

nicht, wie Sie oder Ihre Eltern es geschafft haben, dass Sie aus ihrem Verständnis heraus – was ich auch verstehe, muss ich ganz ehrlich sagen –, die Schule nicht besucht haben. Wie geht das eigentlich? Das ist für mich irgendwie nicht nachvollziehbar. Dass die Gruppe der Sinti und Roma in Deutschland eine hohe Anzahl an Analphabeten hat, geht ab und zu – oder auch immer wieder mal oder in schöner Regelmäßigkeit – durch die Medien. Viele wurschteln sich so durch die Schule, durch die Berufsausbildung und dann auch durch das Berufsleben. Aber das hat mich ein bisschen erschrocken, muss ich ganz ehrlich sagen. Vielleicht können Sie das noch einmal erläutern.

**Vorsitzende:** Ich würde gerne noch eine Frage anschließen, die sie in der Studie nicht so angesprochen haben – das war auch nicht ihr Ziel. Wir haben inzwischen einen hohen Anteil an Migrant\*innen, die als Roma legal oder illegal aus südosteuropäischen Staaten zuwandern. Stellen Sie fest, dass Ihre Situation durch diese Zuwanderungen verbessert, verschlechtert oder nicht tangiert wird? In Berlin gibt es z. B. Stadtviertel, in denen es diesbezügliche Probleme gibt, weil der Schulbesuch usw. nicht geklärt ist. Stellen Sie in Gesprächen – auch mit Politikern – fest, dass hier eine Vermischung stattfindet und damit quasi die alten Vorurteile wieder hochgeholt werden, weil Roma aus Rumänien, Bulgarien, Ungarn, dem Kosovo hierher kommen und Sie dann damit konfrontiert werden? Das ist für mich eine wichtige Frage, weil ich denke, es erschwert die Situation. Uns in der Kinderkommission ist es egal, woher ein Kind kommt, ob es Flüchtlinge, illegale oder legale Migrant\*innen oder seit Jahrhunderten hier lebende Sinti, Roma, Friesen und Schwaben sind – das Kind hat auf jeden Fall ein Recht auf Bildung. Ich hätte es mir auch nicht nehmen lassen, zur Schule zu gehen. Die Kinderkommission unterscheidet nicht, nur die Mehrheitsbevölkerung unterscheidet sehr wohl zwischen Menschen, die hier seit Jahrhunderten leben und ihre Wurzeln hier haben und denjenigen, die zuwandern. Ich würde gern noch etwas zu den Lösungen sagen. Wir haben im Europarat damals überlegt, wie wir es schaffen, den Zugang zu den Sinti und Roma zu erhalten. Sie sagen in der Studie, dass Sie diese Befragungen mit Sinti und Roma durchgeführt haben und diese die Türöffner für die Bereitschaft, überhaupt mitzumachen, waren. Unsere damaligen Überlegungen bezogen sich nicht auf Deutschland, sondern auf Länder mit viel größerem Sinti- und Romaanteil in der Bevölkerung als in Deutsch-

land und gingen dahin, ob nicht – wie Sie, Frau Simon, sagten – Manager oder Lot-sen durch das Bildungssystem führen, die aus der Ethnie kommen, für die Ethnie da sind und beide Mentalitäten kennen und damit auch besser umgehen können. Gibt es hierfür schon Projekte? Werden diese von jemandem gefördert? Könnten sie vom BMBF gefördert werden? Auch wenn Schulbildung Ländersache ist, wäre das ein Projekt, das der Bund temporär fördern könnte. Ich glaube, dass wir nur mit formalen Dingen keine Veränderung herbeiführen, wir müssen vielmehr an ganz konkreten Geschichten arbeiten. Vielleicht können Sie auch zum Aktionsplan noch drei Sätze sagen.

Jetzt kommt die erste Antwortrunde. Frau Dörner hat noch eine Frage.

Abg. **Katja Dörner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, aber zum Stichwort Aktionsplan habe ich auch noch eine Frage. Ist das jetzt eine neue Forderung auf der Grundlage der Bildungsstudie oder wird diese Forderung schon länger erhoben? Wenn ja, würde mich die Reaktionen auf die Forderungen beispielsweise auch aus dem Bereich der Landesministerien oder der Bundesregierung interessieren.

Herr **Daniel Strauß** (Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg): Frau Bracht-Bendt, ich glaube, es ist wichtig, mit einem Signal deutlich zu machen, dass man öffentlich Stellung für diese Problematik, für diese Kinder, die jetzt aktuell da sind, nimmt. Das darf so nicht weitergehen. Ich wünsche mir eine Bildungskommission, die genau diese Aufgaben übernimmt und aus Vertretern aus Politik, aus Wissenschaft und aus den Verbänden besteht. Wir setzen uns zusammen und erarbeiten gemeinsam und ergebnisoffen, wie wir der Situation begegnen wollen. Das ist ganz konkret die Einladung an Sie.

Frau Golze, ich kann das verstehen, in der Öffentlichkeit wird häufig davon gesprochen, dass das Problem bei uns nicht so groß ist und in Deutschland die Dinge einigermaßen in Ordnung sind. Wenn wir uns im Ausland umschaun, dann legen wir gerne mal den Daumen darauf – im eigenen Land ist es natürlich schwierig. Aber wie gezeigt – das hätte bekannt sein müssen. Es gab drei Möglichkeiten, jetzt haben wir noch die letzte. Wir können jetzt deutlich machen, dass wir eine öffentliche Verantwortung tragen und mit dieser Bildungskommission können wir deutlich machen, dass wir gemeinschaftlich nach einer Lösung suchen wollen.

Zu Ihrer Frage, ob diese Studie bezüglich der DDR vielleicht noch ausgeweitet wird: Die Möglichkeit besteht, aber es war nicht vorgesehen. Wir wollten schon gerne in die ehemalige DDR hineingehen, aber zwei Interviewer hatten uns aus gesundheitlichen Gründen leider abgesagt und wir konnten das nicht mehr beheben und neue Interviewer losschicken. Aber wir haben einiges Wenige schon untersucht und dabei ist der Eindruck entstanden, dass die Bildungssituation in der ehemaligen DDR besser ist als in Westdeutschland in der Nachkriegsgeschichte. Aber das ist nur eine Tendenz, eine Einschätzung, die auf ganz wenigen Beispielen beruht – es wäre hoch spannend zu sehen, wie sich das unter den verschiedenen Gesellschaftssystemen entwickelt hat.

Frau Dörner – in den Förderschulen gibt es eine fast doppelte Überrepräsentierung. Interessant ist, warum Eltern manchmal geneigt sind, ihre Kinder dorthin zu schicken. Bei unserer gesamten Befragung, die bezüglich Diskriminierung sehr differenziert war, kristallisierten sich zwei Bereiche heraus, in denen kaum bis gar nicht über Diskriminierung gesprochen wurde – einmal im Kindergarten, hier ist uns zumindest von keiner Diskriminierung berichtet worden, und in der Förderschule. Es liegt offensichtlich an den qualifizierten Lehrern mit ihrer sonderpädagogischen Ausbildung und vielleicht auch an der Klientel oder wie auch immer, ich kann es nicht einschätzen. Das Ergebnis ist jedenfalls: In die Förderschule werden die Kinder häufig deshalb gebracht, weil die Eltern wissen, dass ihre Kinder dort einigermaßen gut behandelt werden und vor Diskriminierung geschützt sind.

Zu den Ideen von erfolgreichen Projekten – wir machen seit 15 Jahren Projektarbeiten. Es gibt an der einen oder anderen Stelle sicherlich gute Überlegungen. Die Stichworte Bildungslotsen, Bildungsmediatoren, Bildungsberatungsstelle, Kooperation auf Bildungsebene und Lehrerfortbildung sind gefallen – all das ist schon in Projekten teilweise umgesetzt worden, allerdings zeitlich immer sehr kurzfristig angelegt. Das hilft uns aber nicht wirklich weiter. Wir brauchen eine nachhaltige Struktur, die deutlich auf eine Generation angelegt ist. Wir brauchen eine intelligente Lösung, die im Detail auf die individuelle Förderung eingeht. Wir sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt und können nicht mit der Gießkanne arbeiten – hinsichtlich Lehrerfortbildung und Gegenstrategien zum Antiziganismus mag das möglich sein. Aber die Förderung vor Ort muss sehr individuell in Kooperation mit der Kommune stattfinden. Insofern brauchen wir einen Rahmen, der jedoch sehr flexibel

sein kann, um vor Ort Situationen zu verändern. Ein ganz wichtiges Kriterium ist, dass es auch nachprüfbar, evaluierbar sein muss.

Der Aktionsplan ist jetzt durch unsere Suche nach möglichen Strukturen aufgekomen; nicht zuletzt durch das europäische Rahmenübereinkommen und die europäische Politik im Sinne des europäischen Rahmenübereinkommens sind uns diese Ideen gekommen. Es sind relativ neue Forderungen, die wir jetzt stellen, weil wir uns bisher gar nicht getraut haben, diese wirklich massive Last nach außen zu tragen. Es ist nicht so einfach, deutlich zu sagen: So ist es bei uns. Insofern ist es, glaube ich, wichtig, jetzt nicht über ein Detail zu schauen, sondern zu sagen, wir wollen uns wirklich darüber gemeinsam verständigen. Das können nicht nur die Minderheiten übernehmen. Diese haben jetzt einen Input gegeben und hoffen dort auf die Unterstützung.

Herr Pols, Sie sprachen dankenswerterweise Friesen, Sorben und die dänische Minderheit an. Genau das ist die Ebene des gleichen Rechts der Anerkennung. Aber natürlich haben wir, was das Selbstverständnis, das Selbstbewusstsein und die Selbstidentität angeht, keine eigenen Theater, keine eigene Literatur und wir haben keine Förderung in der Kommunikation über Medien – all das gibt es für Sinti und Roma so nicht. Es gibt, was das angeht, keine Förderung, keine Kulturförderung.

Wir hatten in der vorletzten Woche ein Gespräch mit dem neuen Kultusministerium von Baden-Württemberg, dem Staatssekretär und die standen dem Aktionsplan sehr offen gegenüber. Ich kann mir gut vorstellen, dass das ein weiterer Motor in unserer Arbeit sein kann, das würde ich mir zumindest sehr wünschen.

Wie kommt es, dass man als deutscher Staatsbürger nicht zur Schule gehen kann? Das ist so eine Sache, für die sicherlich noch einmal eine Erforschung notwendig ist. Denn es gab sozusagen eine klare Praxis – für das Dritte Reich ist es nachweisbar, das ist keine Frage. Zur Nachkriegsgeschichte muss man sagen, dass von unseren Befragten über die Hälfte in ihrem Bekanntenkreis Personen kennen, die niemals zur Schule gegangen sind. Das heißt, es gab diese Nichtbeschulungspraxis. Das war einmal ein falsch verstandenes Kulturverständnis der Mehrheit, nach dem Motto „Jetzt haben sie das Dritte Reich überlebt, jetzt müssen wir ihnen auch noch die Schule zumuten.“ Da gab es keine Veränderungen. Auf der anderen Seite waren die Ängste der Eltern so groß, weil „der Lehrer, der mich ausgeschult hat, der war ja immer noch im aktiven Dienst, da sollte ich jetzt meine Tochter hinbringen oder



meinen Sohn? Nein, mache ich nicht“. Die staatlichen Schulämter haben weggeschaut. Es gab keine anderen Maßnahmen. Die Situation ist so, wir können sie nur zahlenmäßig so benennen. Die Hintergründe, wie das möglich war, ist vielleicht eine neue Forschungsaufgabe,

Frau Rupprecht, zu den Migrantenzuwanderungen: Bei der Vermischung dieser Thematik haben wir immer das Problem, denn das Zigeunerbild sagt ja nichts über Sinti, sondern es sagt etwas über die Mehrheitsgesellschaft, über ihre Ängste, über ihre Phobien, aber auch über ihre positiven romantisierenden Vorstellungen. Insofern passt dieses Fremde, Andere, Andersartige – Menschen mit bunter Kleidung usw., wenn man beispielsweise als Roma aus Ungarn oder aus anderen kulturellen Ländern kommt – überall in das Bild; das gilt so in dieser Form für die Sinti und Roma hier nicht. Sie bestätigen damit natürlich ein Bild über die Sinti insgesamt. Uns verbindet neben der gemeinsamen Abstammung – vor 1.000 Jahren allerdings – ein gewisses Maß an Sprachidentität und vor allen Dingen das gleiche Verfolgungsschicksal während des Dritten Reiches in allen nationalsozialistisch besetzten Ländern der damaligen Zeit. Serbien z. B. meldete schon 1942 die Zigeunerfrage als gelöst. Der mazedonische Teil war ganz anders. Man sieht, dass es diese Bildungsbrüche im mazedonischen Teil der Roma so nicht gibt, weil sich der islamische Teil vor die Roma gestellt hat und kein einziger ins KZ gekommen ist, während alle serbischen Roma katholischen Glaubens ermordet worden sind. Das eine Problem ist genauso wesentlich und wichtig wie das andere Problem – wir dürfen beide nicht vermischen, aber wir müssen sie im Zusammenhang sehen. Wir haben deshalb unsere Situation nicht mit derjenigen der rumänischen oder ungarischen Roma verglichen, sondern mit der der deutschen Mehrheitsbevölkerung, weil wir hier leben und die gleichen Rechte haben und die gleichen Bildungschancen haben wollen.

**Vorsitzende:** Herr Dr. von Plato und Herr Boysen waren noch angesprochen, Frau Simon auch.

Herr **PD Dr. Alexander von Plato** (Mitautor und wissenschaftlicher Berater): Sie haben nach den möglichen konkreten Maßnahmen gefragt. Eine der wichtigsten Aufgaben einer erneuten Forschung sehe ich in dem Umstand, dass die Situation der Förderschulen ein so anderes Ergebnis zu Tage gefördert hat. Liegt das daran, dass

die Lehrer viel professioneller sind? Liegt das daran, dass die Sinti dort stärker vertreten sind als in der normalen Hauptschule? Ich neige dazu, dass es etwas mit der Professionalität der Lehrerschaft zu tun hat. Ich glaube, dass man eine ganze Menge lernen könnte, was dort den Erfolg gebracht hat und woraus der Misserfolg resultiert – je höher die Bildungsinstitution ist, desto schlechter ist der Erfolg. Ich würde diese Frage erweitern wollen auf die offenen Fragen, die wir noch haben.

Sie haben die DDR angesprochen – das wäre für den Vergleich die jetzt anstehende Aufgabe, die wir stellen müssten. Für die komplexere und etwas schwierigere Situation in den neuen Bundesländern fehlen noch einige Elemente – das sage ich in alle Richtungen –, die einer Untersuchung bedürften, z. B. die Kirchen. Nirgends ist der Anteil der Sinti und Roma, glaube ich, so hoch wie in den Freikirchen. Was macht die Attraktivität dieser Freikirchen gegenüber den anderen, den Volkskirchen, aus? Wenn Sie unsere Studie lesen, werden Sie feststellen, dass es auf der einen Seite ein hohes Vertrauen in die Freikirchen, in die eigene Gemeinde gibt und ein mindestens so hohes Misstrauen auf der Skala der anderen Seite, was die großen Kirchen betrifft. Das bedarf einer Klärung und vielleicht kann man daraus auch etwas für diesen Aktionsplan lernen.

Es gibt eine ganze Reihe von Projekten, die erfolgreich waren. Das wäre noch hinzuzufügen. Es gibt in Kiel z. B. kleinere Projekte, in denen es zur Zusammenarbeit von Eltern und Schulleitung gekommen ist und man versucht hat, daraus so etwas wie Mediatoren sowie ständige Treffen zu entwickeln. Auch da haben wir noch viel zu wenige Beispiele dessen, was den Erfolg ausmacht. Wo liegen die Gründe dafür, dass so vieles begonnen wurde und schiefgegangen ist? Das sind viele Elemente, die untersucht werden könnten und die es uns erleichtern würden, einen Aktionsplan genauer zu entwickeln. Das will ich hauptsächlich damit sagen.

**Vorsitzende:** Dann machen Sie weiter, Frau Schuch.

Frau **Jane Schuch** (Erziehungswissenschaftliches Institut der Humboldt Universität zu Berlin): Die Frage nach der Zusammenarbeit mit der Wissenschaft hat Herr Dr. von Plato bereits angesprochen. In diesem Bereich gibt es tatsächlich unglaublich wenig. Ich selbst habe zu Förder- und Sonderschulen auch schon geforscht und mir die einschlägige Literatur angeschaut – diese Thematik tauchte so gut wie nicht auf,

obwohl so viele Kinder dieser ethnischen Minderheit in diesen Schulen sind. Wenn sie auftauchte, dann war es haarsträubend. Aber das Verhältnis zur Minderheit ist ja immer so ein Reibungsverhältnis und gerade in der Wissenschaft ist das besonders diffizil, weil es ja auch um ethnisches Selbstverständnis und ähnliches geht. Bei dieser Minderheit ist es noch einmal besonders schwierig. Darauf sind meine Vordner auch schon mehrfach eingegangen. Insofern stehen wir da am Anfang, würde ich sagen. Aber dieser Weg kann nicht ohne die Beteiligung der Minderheit gegangen werden und diese Studie war ein wichtiger Schritt dazu, das muss man hier noch einmal sehr betonen. Ich möchte mich auch bei allen Interviewern, die sich auf den Weg gemacht haben und bei den Menschen, die bereit waren, Auskunft zu geben, bedanken. Das ist einmalig gewesen und ich hoffe und werde versuchen, meinen Anteil beizutragen, dass sich das fortsetzt. Es ist einiges in den Wissenschaften zu beobachten, dass es mehr thematisiert wird – aber wie gesagt: Es ist ein schwieriges Verhältnis, das erst so langsam anfängt, ein produktives zu werden, wie ich hoffe.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Dann habe ich Herrn Boysen und Frau Simon.

Herr **Thede Boysen** (Minderheitensekretariat der vier autochthonen nationalen Minderheiten Deutschlands): Vielen Dank. Herr Pols – formal ist es so, dass im Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten von der Bundesrepublik Deutschland diese vier Gruppen benannt und anerkannt worden sind. Die Grundlage ist zusammengefasst die folgende: Es gibt ein objektives Kriterium – nämlich die eigene Kultur, die am deutlichsten durch die eigene, nichtdeutsche Sprache manifestiert wird. Es gibt ein subjektives Kriterium – nämlich den Willen dieser einzelnen Gruppen, diese Eigenheit auch zu bewahren. Das dritte Kriterium ist, dass diese Gruppen über Generationen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beheimatet sind. Das sind die drei Kriterien, nach denen die Bundesrepublik Deutschland diese vier Gruppen anerkannt hat und diesbezüglich sind sie alle gleich. Sie haben natürlich recht, im materiellen Sinne gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Minderheiten. Ich habe versucht, darauf einzugehen. Für die einen ist der Schutz vor Assimilation das Entscheidende und für andere ist es die Ausgrenzung. Die deutschen Sinti und Roma kämpfen also auch gegen die Ausgrenzung. Das ist

bei den anderen sehr viel schwächer ausgeprägt – vollkommen richtig. Aber das ist keine Alternative, sondern ein Kontinuum, auf dem wir uns bewegen. Ich habe ferner dazu aufgefordert, dass das demokratische Deutschland die Schutzmacht der deutschen Sinti und Roma ist. Denn wenn Sie zurecht darauf hinweisen, dass die dänische Minderheit durchaus gewisse Rechte hat – ich will nicht sagen Sonderrechte, aber Rechte, um gleichberechtigt mit den deutschen Nachbarn agieren zu können –, dann hängt das natürlich damit zusammen, dass die dänische Minderheit die Schutzmacht Dänemark hat. Das ist ganz simpel – machtpolitisch gesehen. Das müssen wir so erkennen und es ist auch gut so, dass es ein Nato-Partner usw. ist. Das gilt auch gegenseitig – die deutsche Minderheit in Dänemark profitiert auch davon. Aber diese Schutzmacht haben die Sinti und Roma nicht gehabt und deshalb mein Appell, dass der deutsche Staat die Schutzmacht für die deutschen Sinti und Roma ist. Ich hoffe, dass ich erläutern konnte, was damit gemeint ist. Danke.

**Vorsitzende:** Danke, Herr Boysen. Frau Simon, bitte, zur Frage von Frau Dörner.

Frau **Jane Simon** (Bildungsberaterin): Die Frage wurde eigentlich schon von Herrn Strauß beantwortet, es wäre nur eine Wiederholung.

**Vorsitzende:** Ich muss das Gespräch an dieser Stelle leider beenden. Wenn Journalisten hier sind, würde ich Sie bitten, draußen zu fragen. Sie, die Experten, muss ich bitten – was ich ungern tue –, möglichst schnell den Saal zu verlassen, weil wir hier im Saal weiter tagen. Das ist kein Rauswurf und ich bedanke mich ganz außerordentlich bei Ihnen. Wir haben eine hervorragende Präsentation von Ihnen erhalten, viel Wissen vermittelt bekommen und wir werden überlegen, wie wir das Ganze befördern können. Vielen Dank an das BMBF – ich glaube, auch für Sie gab es viele neue Erkenntnisse.

Abg. **Nicole Bracht-Bendt** (FDP): Ich hätte noch gerne gewusst, was das Ministerium dazu sagt.

**Vorsitzende:** Sie können sicher keine offizielle Stellungnahme abgeben, aber eventuell eine Einschätzung geben.

Herr **Wolfgang Schlump** (BMBF): Ich mache das gerne, Frau Vorsitzende. Ich muss auch gestehen, ich bin über das, was vorgetragen wurde, überrascht. Aber ich glaube, es kann gar nicht anders sein, als dass man überrascht ist, weil es jedenfalls mir bekannte, aktuelle Daten zur Situation der deutschen Sinti und Roma nicht gibt und das gilt auch für das Bildungswesen. Nun ist über die Zuständigkeiten im Bildungswesen bereits Hinreichendes gesagt worden. Die Situation ist kompliziert, das wissen Sie genauso gut wie ich. Ich glaube, von wesentlicher Bedeutung wird sicherlich der Schulbereich sein, also eine systematisch umfassende Beschulung bis zu einem Schulabschluss, also nicht nur die Teilnahme an der Schule, sondern ein erfolgreicher – mindestens – Hauptschulabschluss wäre gut, aber natürlich noch besser wäre ein Realabschluss. Wir wissen als Bundesregierung oder auch gemeinsam mit den Ländern in der gemeinsamen Bildungsberichterstattung, die wir seit 2006 durchführen, hierzu nichts. Ob man dieses Thema vielleicht im Rahmen einer – wenn das geht – möglichen Sonderauswertung bei einem der nächsten Bildungsberichte angeht, kann ich mir vorstellen. Ich kann das jetzt natürlich nicht zusagen. Es gibt – Sie, Frau Vorsitzende, hatten nach Projekten auf der Bundesebene oder im Bildungsbereich im BMBF gefragt – keine besonderen Maßnahmen. Das einzige, was mir bekannt ist, ist die Förderung des Zentralverbandes über das Bundesministerium des Innern. Ob es im Bereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Fördermaßnahmen im vorschulischen oder außerschulischen Jugendbereich gibt, kann ich nicht beantworten. Aber das Thema steht auf der Agenda, sage ich mal. Sie haben die Mitteilung der Europäischen Kommission von Anfang April erwähnt. Diese Mitteilung wird momentan sowohl im Europäischen Parlament als auch von den verschiedenen Ministerräten beraten und man wird abwarten müssen, wie sich der allgemeine europäische Rat vor der Sommerpause ggf. noch dazu verhalten wird und dann wird man weiterschauen. Das war die Antwort aus meiner Sicht.

**Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Für uns ist wichtig, dass Sie die Erkenntnisse mitnehmen und vielleicht ins Ministerium einspeisen. Damit ist uns schon viel geholfen. Wir werden sicher auch die Ministerin noch einmal anschreiben. Aber es ist gut, wenn die Fachebene den Input schon hat.

Herr **Wolfgang Schlump** (BMBF): Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich heute hier eingeladen war und diese Erkenntnisse mitnehmen kann.

**Vorsitzende:** Vielen herzlichen Dank. Ich darf Sie verabschieden.

Ende der Sitzung: 17.59 Uhr

gez. Marlene Rupprecht, MdB  
Vorsitzende